



Ab Montag ist in Tübingen alles dicht

Der Inzidenzwert in Tübingen liegt bei 180. Oberbürgermeister **Boris Palmer** (Grüne) teilte daraufhin mit, dass nach Inkrafttreten der „Bundesnotbremse“ am Montag in seiner Stadt alles dicht ist. Das Projekt Tübingen ist damit vorerst beendet.



Trotz verheerender Kritik an den Erweiterungen des Infektionsschutzgesetzes, hat es der Bundesrat passieren lassen. Der Bundespräsident wird es nun unterschreiben, so dass es in Kraft treten kann.

Volker Bouffier (CDU), Ministerpräsident von Hessen, äußerte als erster Redner massive Bedenken. Die Länder seien nicht einbezogen worden, er hätte sich eine intensivere Debatte gewünscht.

Vorschlägen aus den Ländern sei nicht gefolgt worden. Der Flickenteppich wird durch das Gesetz nicht beseitigt, so Bouffier.

Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, hält das Gesetz für nicht gründlich durchdacht und für keinen großen Wurf für den Infektionsschutz. Das Gesetz sei unnötig, aber auch unschädlich. Mehrere Redner zeigten sich froh, dass die Prognosen des RKI bezüglich steigender Infektionszahlen nicht eingetroffen seien.

Reiner Haseloff (CDU), Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, fragt sich, worin der Mehrwert des Gesetzes liegt. Das Gesetz vergrößere eher den Flickenteppich. **Das Zustandekommen des Gesetzes ist ein Tiefpunkt der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland**, so Haseloff. Apropos Flickenteppich: Jedes Bundesland ist frei darin, das Gesetz noch schärfer auszulegen. In Hamburg wird es auch

nach Inkrafttreten bei der Ausgangssperre ab 21 Uhr bleiben, obwohl 22 Uhr möglich wäre.

Auch Berlins Regierender Bürgermeister und Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, **Michael Müller** (SPD) ist erleichtert, dass die Prognosen des RKI nicht eingetreten sind. Die Behauptung, dass der Bund tätig werden musste, weil die Länder nichts gemacht hätten, sei falsch, so Müller. Alle Länder haben gehandelt, so der MPK-Vorsitzende, der darauf hinwies, dass die nächste Sitzung seines Gremiums am Montag, dem 26. April 2021, stattfinden werde. Dann geht es vornehmlich um das Impfen. Müller habe sich über die Äußerungen von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) in einer Talk-Show geärgert. Merkel kündigte schnelles Handeln an, woraufhin wochenlang nichts erfolgte.

Für **Tobias Hans** (CDU), Regierungschef des Saarlands, müsse erst einmal der Beweis erbracht werden, ob das Gesetz Wirkung zeige. Und auch **Bodo Ramelow** (Linke) aus Thüringen, weiß nicht, wie das Gesetz umgesetzt werden soll und zweifelt am Sinn bestimmter Passagen. So könne die Bundesgartenschau in seinem Bundesland besucht werden, nicht aber die Gedenkstätte in Buchenwald. **Bernd Buchholz** (FDP), Wirtschaftsminister aus Schleswig-Holstein, nennt das Gesetz eine „Holzhammer-Notbremse“.

Zum Schluss sprach Bundesgesundheitsminister **Jens Spahn** (CDU), der zu Protokoll gab, dass niemand auf das Gesetz warten müsse, alles, was drinsteht, könne schon jetzt umgesetzt werden. Spahn versprach erneut, dass es mit dem Impfen schneller gehen werde. Stand heute sind 18 Mio. Menschen in Deutschland erstgeimpft, sechs Mio. vollständig. Bremen und das Saarland liegen mit einer Impfquote von 24 Prozent vorn, alle anderen Bundesländer liegen zwischen 20 und 22 Prozent, Hessen bildet das Schlusslicht mit 19,6 Prozent. „Bei aktuell 500.193 Impfungen pro Tag wird im Schnitt alle 0,2 Sekunden eine Impfung durchgeführt.“, meldet das RKI.

Der Inzidenzwert für Deutschland ist seit einer Woche mit 160 stabil. Das RKI meldet für Berlin einen Inzidenzwert von 133,8. Die Corona-Ampel des Senats weist eine Inzidenz von 150 aus. Der R-Wert liegt in Berlin bei 0,85, die Ampel zeigt auf grün. Den höchsten Inzidenzwert hat Neukölln mit 218,5, den niedrigsten Treptow-Köpenick mit 93,2.

Das Licht am Ende des Tunnels ist nach wie vor sehr schwach.

Ed Koch
Foto: WDR